



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Schutz von Dolmetschern und Übersetzern im Gemeinwesen verankern

Aktuell seit 04.05.2026 10:39:03

Angegeben von:

Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ) (R003523) am 26.01.2026

Beschreibung:

Dolmetscher und Übersetzer sichern die Kommunikation mit Menschen, die (noch) nicht/nicht mehr (ausreichend) Deutsch sprechen auch in Konfliktsituationen, z.B. bei Razzien, Verfahren gegen Organisierte Kriminalität, in der Terrorismusabwehr, aber auch bei Kindesentziehung, Kindeswohlgefährdung oder häuslicher Gewalt, oder wenn die Existenz eines Menschen von bestimmten behördlichen Entscheidungen abhängt, z.B. im Asyl-/Aufenthaltsrecht. Sie dolmetschen und übersetzen für Antragsteller, (zu Recht oder Unrecht) Beklagte, Verdächtige, Beschuldigte, Angeschuldigte, Angeklagte, Verurteilte wie für Neben-/Kläger, Opfer und Zeugen. Dabei werden Dolmetscher und Übersetzer auch eingeschüchtert, bedroht oder angegriffen. Wir setzen uns für rechtliche Rahmenbedingungen ein, die sie davor schützen.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.12.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (30)

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [\[alle RV hierzu\]](#)
Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)
Extremismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)
Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)
Integration [\[alle RV hierzu\]](#)
Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#)
Krankenversicherung [\[alle RV hierzu\]](#)
Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)
Migration [\[alle RV hierzu\]](#)
Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)
Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#)
Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#)
Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)
Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#)
Strafrecht [\[alle RV hierzu\]](#)
Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)
Solo-/Selbstständige

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2601260018](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [\[alle SG dorthin\]](#)